



MARKTGEMEINDE WEPERSDORF

7331 Weppersdorf
Hauptstraße 104

Tel.: 02618/2281,
Fax. 02618/2281-75

e-mail: post@weppersdorf.bgld.gv.at
UID-Nr.: ATU 59077046

<http://www.weppersdorf.at>

=====

Weppersdorf, am 10.03.2021

Bezug: Ansuchen vom 26.02.2021

Zahl: 3/2021

Betreff: Herr Patrick Steiner u.Frau Samantha Haider

Errichtung eines Einfamilienhauses mit Carport, Stützmauer, Einfriedung und
Geländeänderung

Öffentliche Bekanntmachung einer mündlichen Bauverhandlung

In folgender Angelegenheit wird eine mündliche Verhandlung gem. § 18 Abs. 1 Bgld.Baugesetz anberaumt:

Ansuchen von Herrn Patrick Steiner u.Frau Samantha Haider wh. in 3053 Laaben, Laaben 33/4, vom 26.02.2021, um die Erteilung der baubehördlichen Bewilligung zur Durchführung folgender Bauvorhaben auf Grstk. Nr.: 1274/3, KG: Kalkgruben, EZ: 648

Errichtung eines Einfamilienhauses mit Carport, Stützmauer, Einfriedung und Geländeänderung

Ort: Kalkgruben	Anschrift: Siedlergasse 36
Datum: 26.03.2021	Zeit: 08:30

Beteiligte können persönlich zur Verhandlung kommen, an ihrer Stelle einen Bevollmächtigten/eine Bevollmächtigte entsenden oder gemeinsam mit ihrem Bevollmächtigten/ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommen.

Bevollmächtigter/Bevollmächtigte kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person oder eine Personengesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbzwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Der/Die Bevollmächtigte eines/einer Beteiligten muss mit der Sachlage vertraut sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können. Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten.

Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich, wenn

- sich der/die Beteiligte durch eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person (zB einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin, einen Notar/eine Notarin, einen Wirtschaftstreuhänder/eine Wirtschaftstreuhänderin oder einen Ziviltechniker/eine Ziviltechnikerin) vertreten lässt,
- der/die Bevollmächtigter des/der Beteiligten sein/ihre Vertretungsbefugnis durch seine/ihre Bürgerkarte nachweist,
- sich der/die Beteiligte durch uns bekannte Angehörige (§ 36a des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG), Haushaltsangehörige, Angestellte oder durch uns bekannte Funktionäre/Funktionärinnen von Organisationen vertreten lässt und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht oder
- der/die Beteiligte gemeinsam mit seinem/ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommt.

Beteiligte können während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden (d.i. an Arbeitstagen Mo – Fr, 08:00 – 12:00) in folgende Pläne und sonstige Behelfe Einsicht nehmen:

- Einreichplan: Planverfasser: ELK Fertighaus GmbH, 3943 Schrems, Industriestraße 1, Plan Nr. 115807/106, vom 22.02.2021
- Baubeschreibung: ELK Fertighaus GmbH, 3943 Schrems, Industriestraße 1, vom 22.02.2021
- Energieausweis: ELK Fertighaus GmbH, 3943 Schrems, Industriestraße 1, vom 22.02.2021

Abgesehen von dieser Bekanntmachung und der persönlichen Verständigung der uns bekannten Beteiligten wird die Verhandlung kundgemacht durch: -x-.

Beteiligte verlieren ihre Parteistellung, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Amtsstunden bei uns oder während der Verhandlung Einwendungen erheben. Außerhalb der Verhandlung schriftlich erhobene Einwendungen müssen spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bis zum Ende der Amtsstunden bei uns eingelangt sein.

Außer in der Verhandlung können mündliche Einwendungen während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden (d.i. an Arbeitstagen Mo – Fr, 08:00 – 12:00) erhoben werden.

Wenn ein Beteiligter/eine Beteiligte jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und ihn/sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, kann er/sie binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, das ihn/sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Eine längere Ortsabwesenheit stellt kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis dar.

Rechtsgrundlagen: §§ 40 bis 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG



Der Bürgermeister:

Zweiler Erich

Angeschlagen: 12.03.2021

Abgenommen: 26.03.2021

F.d.R.d.A.